

«Morgen geht es an die Umsetzung»

Der Obwaldner Bildungsdirektor Christian Schäli atmet nach der gewonnenen Abstimmung über das Bildungsgesetz auf – und ist gefordert.

Manuel Kaufmann

«Heute ist ein guter Tag für die Bildungsqualität im Kanton Obwalden», bilanziert Bildungsdirektor Christian Schäli am Sonntagnachmittag im Sarner Rathaus. Sein Grund zur Freude: Die Obwaldnerinnen und Obwaldner haben dem Nachtrag zum Bildungsgesetz mit 57 Prozent zugestimmt. In allen Obwaldner Gemeinden gabs ein Ja.

Über das Gesetz wurde abgestimmt, weil die SVP Obwalden das Referendum ergriffen hatte. Begründet wurde dies damit, dass die Gesetzesanpassung keine «echte Reform» des Obwaldner Bildungswesens sei. Die Partei lehnte die Vorlage als einzige im Kanton ab. Schäli erklärt sich die fast 43 Prozent Nein-Stimmen so: «Vielleicht ist es uns im Abstimmungskampf zu wenig gelungen, aufzuzeigen, dass mit der Vorlage auf viele Kritikpunkte des heutigen Bildungswesens reagiert wird.»

Frühe Sprachförderung «matchentscheidend»

Auch dem Bildungsdirektor sei klar, dass es Veränderungen in der Bildung braucht. Darauf werde nun reagiert. «Wenn es keinen Handlungsbedarf gäbe, hätte es die Vorlage nicht gebraucht.» Als matchentscheidender Bestandteil der Vorlage nennt Schäli etwa die Einführung einer frühen Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen, einer Art Vorkurs für den Kindergarten Eintritt, in dem die sprachlichen und kulturellen Kenntnisse gestärkt werden. Weitere grosse Änderungen



Siegreicher Abstimmungssonntag für den Obwaldner Regierungsrat (von links): Cornelia Kaufmann-Hurschler, Daniel Wyler und Christian Schäli. Bild: Manuel Kaufmann (Sarnen, 30.11.2025)

sind die finanzielle Unterstützung der schulergänzenden Tagesstrukturen, eine zweite Entlastungslektion für Lehrpersonen oder der Zugang zu einem pädagogischen Medienzentrum für Lehrpersonen.

Den Abstimmungskampf bezeichnet Christian Schäli als konstruktiv. Es sei eine sehr breite Vorlage mit vielen verschiedenen Aspekten. «Die zentralen

Anpassungen waren unbestritten», bilanziert Schäli positiv. Viel Kritik gab es von den Gegnern der Vorlage an der integrativen Schule. «Das ist sicher ein Punkt, wo wir genau hinschauen müssen», sagt Schäli. Die Schulen hätten aber bereits heute die Möglichkeit, Spezialklassen einzuführen, die unabhängig von der Regelklasse unterrichtet werden. Auch sei für ihn klar: «Gute

Bildung steht und fällt mit der Qualität der Lehrpersonen – das kann die Politik nicht einfach von oben per Gesetz steuern.» Das überarbeitete Bildungsgesetz schaffe dafür den nötigen, zeitgemässen Rahmen.

«Befürworter sind in der Pflicht»

Die SVP Obwalden zeigt sich zum einen enttäuscht über die

Annahme des Gesetzes. «Wir haben an eine Mehrheit geglaubt, sonst hätten wir das Referendum nicht ergriffen», sagt Kantonsrat Severin Wallimann. Auf der anderen Seite habe man weit über den Wähleranteil hinaus mobilisieren können, was positiv zu werten sei. «Das Resultat zeigt, dass ein grosser Teil der Bevölkerung gewisse Punkte des Gesetzes kritisch sieht»,

so Wallimann. Jetzt seien die Befürworter in der Pflicht, sich bei der Umsetzung positiv einzubringen.

Christian Schäli sagt: «Wir sind gefordert, denn morgen geht es an die Umsetzung.» Er freue sich, zusammen mit allen Bildungspartnerinnen und Bildungspartnern die grosse und breite Vorlage zeitnahe umzusetzen.

Luks-Beitritt klar angenommen

Die Obwaldnerinnen und Obwaldner stellen sich klar hinter den Spitalverbund. Das Spitalgesetz wurde deutlich angenommen.

Manuel Kaufmann

Die Obwaldner Stimmbevölkerung bekennt sich zum Spitalverbund mit der Luzerner Kantonsspital AG (Luks-Gruppe). Sie nimmt das Spitalgesetz mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 90 Prozent sehr deutlich an. Die Stimmbeteiligung liegt bei 53 Prozent. Mit dem Gesetz wird die rechtliche Grundlage für den Verbund geschaffen.

«Von dem Resultat hätte ich nicht zu träumen gewagt», sagte Finanzdirektorin Cornelia Kaufmann-Hurschler am Sonntag im Rathaus. Man habe es geschafft, die Bevölkerung zu überzeugen, dass ein Alleingang des Spitals Obwalden mittelfristig sehr schwierig wäre.

Das Kantonsspital Obwalden wird in die gemeinnützige Aktiengesellschaft Spital Obwalden AG umgewandelt, die das Spital in Sarnen künftig betreibt. Die Aktien gehören zu 60 Prozent der Luks-Gruppe, die damit Mehrheitsentscheide fällen kann. Die weiteren 40 Pro-



Das Kantonsspital soll Teil einer Verbundlösung werden. Bild: Nadia Schärli (Sarnen, 9. 8. 2024)

zent der Aktien gehören dem Kanton Obwalden. Bei wichtigen Entscheiden, wie etwa einem Standortwechsel des Spitals, braucht es auch künftig die Einwilligung des Kantons Obwalden.

Im Spitalgesetz steht, dass am Standort Sarnen auch künftig die stationäre Grundversorgung angeboten werden muss, sowie ambulante Angebote und

eine ständige Notfallversorgung. Die genauen Leistungen legt der Regierungsrat im Leistungsauftrag fest. Auch der Kantonsrat behält einen Einfluss: Er muss die finanziellen Mittel bewilligen. Welche Leistungen in Sarnen in Zukunft noch angeboten werden, soll innerhalb des Verbunds mit den Partnern diskutiert werden. Im Gesetz wird auf die Nennung von gewissen Abteilungen wie beispielsweise die Gynäkologie und Geburtshilfe verzichtet.

Ganz erhalten bleiben dem Kanton Obwalden die Immobilien. Diese werden in eine Immobiliengesellschaft eingebracht, die zu 100 Prozent dem Kanton gehört.

Die Luks-Gruppe umfasst die Luks Spitalbetriebe AG mit den Standorten Luzern, Sursee und Wollhusen, die Spital Nidwalden AG und die Luks Immobilien AG sowie weitere Beteiligungen. Sie übernimmt ihre 60 Prozent der Aktien voraussichtlich per 2028 oder spätestens per 2029.

«Das ist keine Sparübung»

Obwalden sagt Ja zu Nachtrag zum Krankenversicherungsgesetz. Das Referendum der SP Obwalden bleibt erfolglos.

Manuel Kaufmann

Die Obwaldnerinnen und Obwaldner haben am Sonntag mit 75 Prozent klar Ja gesagt zum Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz. Die Stimmbeteiligung liegt bei 52 Prozent.

Mit der Annahme des Gesetzes wird sich am Kreis der Personen, die berechtigt sind, Prämienverbilligungen zu erhalten, nichts ändern. Im Budget des Kantons wird künftig aber ein kleinerer Beitrag für die individuelle Prämienverbilligung (IPV) stehen. Denn die Berechnung ändert sich mit dem Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz.

Bisher musste der Kanton Obwalden für die IPV mindestens 8,5 Prozent der jährlichen Prämienkosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Kantons ins Budget aufnehmen. Die budgetierten Beiträge lagen dabei jeweils mehrere Millionen Franken

über den tatsächlich benötigten Beiträgen.

Diese fixe Budgetvorgabe fällt mit dem nun angenommenen Nachtrag weg. Der Kantonsrat legt den Beitrag zur Prämienverbilligung neu basierend auf den Vorjahreserfahrungen, den Prämienforderungen und den Vorgaben des Bundes fest. Der budgetierte Betrag soll dadurch näher am tatsächlich benötigten sein.

Gegen den Nachtrag hatte die SP Obwalden das Referendum ergriffen. Zwar unterstützt auch die SP verschiedene Punkte der Gesetzesänderung, wie etwa, dass die Verbilligungen künftig früher ausbezahlt werden. Sie bekämpfte die Vorlage, weil die festgelegten 8,5 Prozent wegfallen.

SP befürchtet höheren Selbstbehalt

Vom Resultat zeigt sich die SP enttäuscht. Sie hätte sich die Unterstützung mindestens eines Drittels der Stimmbevölkerung gewünscht. Auch nach

der Abstimmung spricht die Partei von einem Abbau der Sozialleistungen. «Die Berechnung im Budget ist nicht mehr an einen klaren Faktor geknüpft», sagt Kantonsrat Sebastian Stuppan. Er befürchtet, dass Entwicklungen wie höhere Prämien oder die Teuerung sich künftig nicht im Budget niederschlagen und die benötigten Beiträge höher werden könnten als im Budget vorgesehen. Bevor das Budget überschritten wird, erhöht man den Selbstbehalt, so Stuppan befürchtet. Den maximalen Selbstbehalt von 12 Prozent erachtet er als zu hoch. Die SP werde die weitere Entwicklung der IPV in Obwalden mit politischen Vorstössen weiter unter die Lupe nehmen.

Volkswirtschaftsdirektor und Landammann Daniel Wyler betonte am Sonntag im Rathaus hingegen: «Das ist keine Sparübung.» Er sei froh, dass drei Viertel der Bevölkerung den Weg der Regierung unterstützt hätten.